

SÜDKURIER

Schwarzwald-Baar-Kreis

Kauders radikale Kehrtwende

08.04.2013

Siegfried Kauder, der den Schwarzwald-Baar-Kreis noch bis September in Berlin vertritt, sorgt jetzt, da seine Tage als Bundestagsabgeordneter gezählt sind, noch einmal tüchtig für Schlagzeilen. Denn Kauder, so scheint es, ist immer für eine Überraschung gut.

Als Vorsitzender des Rechtsausschusses im Deutschen Bundestag, will der CDU-Mann, den die eigene Basis bei der Kandidatennominierung vor wenigen Monaten abgesägt hat, nun die Neuregelung eines Gesetzes gegen die Abgeordnetenbestechung noch vor der Sommerpause auf den Weg bringen. „Sachverständige sollen noch im April gehört werden“, sagte Kauder am Wochenende dem Nachrichten-Magazin „Spiegel“.

„Wir können nicht in Afrika und der Ukraine den Rechtsstaat predigen und im eigenen Land die UN-Konvention gegen Korruption nicht umsetzen. Da müssen wir glaubwürdig bleiben“, so Kauder weiter. So was ausgerechnet aus Kauders Mund sorgt für Erstaunen. Denn ausgerechnet der Rechtsanwalt aus Villingen-Schwenningen ist bisher als erbitterter Gegner einer Neuregelung zur Abgeordnetenbestechung aufgetreten. So trieb der 61-Jährige seine Kritiker, die es darauf anlegen, den Einfluss von Lobbyisten einzudämmen, bei diesem Thema regelmäßig zur Weißglut. Mandatsträger seien nicht wie Beamte zu behandeln, weil Parlamentarismus auch von den Kontakten zu Interessensverbänden lebe, war Kauder zu vernehmen. Folglich sei ein in einer UN-Konvention gegen Korruption und Abgeordnetenbestechung festgeschriebener Ansatz falsch. Kauder damals im Bundestagsplenum: „Wir wollen nicht, dass der Staatsanwalt im Parlament auftaucht“.

Diese Haltung hat ihm herbe Kritik von allen Seiten eingetragen; er selbst, musste sich Siegfried Kauder vorwerfen lassen, stehe der Spielautomatenindustrie zu nahe. Die Tatsache, dass er von diesem Industriezweig eine hohe Spende für den Villingener Fußballclub FC 08 erhielt, den er als Präsident führt, war Wasser auf die Mühlen der zahlreichen Kauder-Kritiker. Kauder hat inzwischen einen eigenen, sehr weitreichenden Entwurf ausgearbeitet und mit Rechtspolitikern von SPD, Grünen und der Linkspartei abgestimmt. Dieser Entwurf sieht vor, dass sich künftig Mandatsträger von Bund, Ländern und Gemeinden strafbar machen sollen, wenn sie für die Ausübung ihres Mandats einen Vorteil annehmen oder einfordern. Kauders Gesetz würde nicht nur für die Abgeordneten des Bundestags und der Landtage, sondern auch für Gemeinderäte gelten. Einem Aktivisten des Internetportals „Abgeordnetenwatch“ erklärte Kauder seine Kehrtwende. Bei einer Afrika-Reise im Oktober habe er ein Aha-Erlebnis gehabt. Die Probleme, die es dort mit Korruption gebe, hätten ihn zum Nachdenken gebracht. Daraufhin sei er von seinem strikten Nein zu neuen Korruptionsgesetzen für Abgeordnete abgerückt.